Bezugspreis
vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 12.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 13.45 m. Postbest.-Geld.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einspaltige Petit-Zeile oder deren Raum 60 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 45 ₰ extra.
Reklame-Zeile ℳ 1.50 bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.
Schluß der Anzeigen-Annahme tags zuvor.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 153 | Neuenbürg, Montag den 5. Juli 1920 | 78. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Juli. Das Problem eines südwestdeutschen Großstaates ist in der süddeutschen Tagespresse Gegenstand eifriger Erörterungen. Die pfälzischen Blätter beschäftigen sich heute ebenfalls mit dieser Angelegenheit, namentlich mit der beabsichtigten eventuellen Einbeziehung von Hohenzollern, Hessen und der bayerischen Pfalz in den geplanten südwestdeutschen Großstaat. Die pfälzischen Blätter meinen, Bayern werde niemals auf das Besitzrecht an der bayrischen Pfalz verzichten, ganz abgesehen davon, daß die Pfälzer bei dieser Frage auch noch ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Allgemein aber sei zu sagen, daß eine neue Staatenbildung im Rahmen des Reichs nicht wünschenswert wäre und daß die Bildung eines südwestdeutschen Großstaates weder eine politische, noch wirtschaftliche, noch soziale Notwendigkeit sei. Durch die Errichtung eines von französischer Seite allerdings heißersehnten Rheinbundstaates brauche man sich wirklich nicht bange machen lassen; denn man werde dabei nirgends auf Gegenliebe stoßen.

Frankfurt, 3. Juli. In diesen Tagen hat der hessische Staatspräsident Ulrich, der „Darmstädter Zeitung" gegenüber zu dem Gedanken einer Verschmelzung Württembergs und Badens eine Aeußerung abgegeben, die folgendermaßen lautet: Der Plan, Württemberg und Baden zu vereinigen, ist nicht neu. Schon seit längerer Zeit schweben darüber unverbindliche Verhandlungen zwischen führenden Politikern, die aber über das Stadium gründlicher Erwägungen nicht hinausgekommen sind. Aus meiner Erkenntnis der Sachlage kann ich mitteilen, daß in Württemberg dabei die treibende Kraft liegt, während diese Absicht bisher in Baden wenig Gegenliebe gefunden hat. Wenn neuerdings auch Hessen und andere schon genannten Gebietsteile in die Kombination einbezogen werden, so kann ich dazu nur sagen, daß wir amtlich noch keinen Anlaß gehabt haben, uns mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Alles wird davon abhängen, wie Preußen sich nach Ablauf der Sperrfrist verhalten wird. Werden tatsächlich preußische Gebietsteile mit größerer Selbständigkeit ausgestattet, so liegt ja nichts näher, als daß auch im Süden eine gewisse Arrondierung stattfindet.

Berlin, 2. Juli. Der Reichsrat wird sich morgen mit der Festsetzung der Lebensmittelpreise für das neue Wirtschaftsjahr beschäftigen. Bayern wird eine Senkung der Preise beantragen. Bei der Unterstützung durch Süd- und Mitteldeutschland ist es ziemlich sicher, daß sein Antrag durchgehen wird.

Berlin, 3. Juli. Der deutsche Schutzbund teilt mit: Die Polen haben die Weisung der Ententekommission, vertragswidrige Erschwernisse der Stimmberechtigten zu unterlassen, auch am 2. Juli nicht befolgt. Es wurden 1915 Stimmberechtigte widerrechtlich von der Weiterfahrt ausgeschlossen, sodaß sie durch den deutschen Schutzbund nach Stolpmünde und Swinemünde umgeleitet werden mußten. Die Dampfer mußten hierbei bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden. — Aus Villau kommt die Nachricht, daß der durch die polnische Willkür erzwungene gesteigerte Transportverkehr dort bisher reibungslos hat bewerkstelligt werden können.

Berlin, 3. Juli. In Darmstadt versuchten kommunistische Elemente ihre verhafteten Führer im Polizeigebäude zu befreien. Dabei kam es zu Schießereien. Ein Schutzmann wurde verwundet. — In Sachsen bildet sich als neue Partei die Sächsische Wirtschaftspartei, die ausschließlich Vertreter von Handwerk, Handel, Industrie und städtischem und ländlichem Grundbesitz aufstellen wird. — Die Hohkönigsburg bei Schlettstadt im Elsaß soll nach dem Vorschlage des französischen Ministeriums zu einem Nationaldenkmal für den Wiederanschluß des Elsaß an Frankreich ausgebaut werden. — Das deutsche Zeppelin-Luftschiff „L 71" ist gestern nachmittag mit einer gemischten deutsch-englischen Besatzung auf dem Flugplatz Pulham gelandet.

Fehrenbach Reichspräsidentschafts-Kandidat?

Karlsruhe, 3. Juli. Zur Frage der Reichspräsidentenwahl teilt der „Bad. Beobachter" mit, daß für den Fall der endgültigen Ablehnung Eberts in weiteren politischen Kreisen einschließlich der Sozialdemokratie der Gedanke einer Aufhäufung des jetzigen Reichskanzlers Fehrenbach als Kandidat für die Reichspräsidentschaft bereits erörtert wird.

Aufsehenerregende Enthüllungen über Dr. Heim.

München, 3. Juli. Der bayerische Generalstabshauptmann Karl Mayr, ein in Krieg und Frieden bewährter ausgezeichneter Offizier, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, zuletzt beim Oberkommando in München, der soeben seinen Abschied genommen hat, um die nötige Aktionsfreiheit zu erlangen, veröffentlicht einen aufsehenerregenden Angriff auf Dr. Heim, in dem er einem von Dr. Heim abgegebenen Dementi entgegen erklärt, daß er doch mit den Engländern und Franzosen in San Remo und Zürich im Sinne einer zeitweiligen Trennung Bayerns vom Reich und eines Donaubundes unter Führung Bayerns verhandelt habe. Er habe am 8. Mai d. J. dem Kommerzienrat Kastner aus Nürnberg, dem Führer der protestantischen fränkischen Bauernvereine ebenso freimütige als vertrauliche Mitteilungen darüber gemacht, die vor diesem alsbald einigen Herren mitgeteilt und schriftlich niedergelegt, am 20. Juni in einer neuerlichen Besprechung den gleichen Herren überprüft und von Kommerzienrat Kastner unterschriftlich für richtig anerkannt wurden, während dessen Unterschrift von den anderen Herren bestätigt wurde. Die Gedanken gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen und der Wunsch Dr. Heims, seine politische Tragfläche zu verstärken, mag neben Hauptmann Mayrs Ansicht Dr. Heim zu seinem Mitteilungsbedürfnis getrieben haben. Er habe übrigens auch dem deutschen Gesandten in Bern, Dr. Adolf Müller, dem früheren Chefredakteur der sozialdemokratischen „Münchner Post" in der gleichen Weise Erklärungen darüber abgegeben. Da Dr. Heim in seinem Dementi den Verbreiter der von ihm abgeleugneteen Nachrichten aufgefordert hat, sich zu nennen, damit er ihn verklagen könne, wird ein Sensationsprozeß ersten Ranges aus dieser Sache entstehen, die für Spa noch rechtlich bdeeutungsvoll erscheint.

Gegen die Entwaffnung Deutschlands.

München, 2. Juli. Die „Münchner Zeitung" meldet: 16 deutsche Freistaaten haben die Reichsregierung aufgefordert zur Ablehnung der Forderung der Alliierten nach Auflösung der Sicherheitswehr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Juli. Auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstags standen zunächst kleine Anfragen. Auf eine deutschnationale Anfrage, weshalb die Lieferungen von Militärstoffen für die Sicherheitspolizei trotz niedrigen Angebots der deutschen Tuchindustrie einer englischen Firma zuerteilt wurden, wird regierungsseitig erklärt, daß besondere Dringlichkeit vorgelegen habe. Auf eine weitere deutschnationale Anfrage, ob das Reichsfinanzministerium bereit sei, an die Landesfinanzämter Anweisung zu erteilen, daß zuviel gezahlte Kriegssteuern zurückerstattet werden, sagte die Regierung ernstliche Erwägung zu. Die Aussprache über die Regierungserklärung wurde fortgesetzt. Dabei führte der Reichsernährungsminister Dr. Hermes u. a. aus: Eine Preispolitik zugunsten der Landwirtschaft lehne er ab, aber den Landwirten müßten Preise zugebilligt werden, die ihren Produktionskosten entsprechen. Die Preissteigerung im Inlande sei eine Folge der teuren Auslandspreise. Trotz der Aufwendungen des Reiches in Höhe von 10 Milliarden konnten wir die Preise nicht nach den Wünschen der Bevölkerung einrichten. Das wird auch noch nicht im folgenden Jahre der Fall sein. Um den Landwirt zu schützen, sind für den Herbst d. J. bereits Mindestsätze angekündigt worden. Die Indexkommission des Reichsernährungsministeriums hat nun genaue Zahlen festgelegt und ist dazu gekommen, den Zuschlag der Produktionsverteurung in diesem Jahre mit 55 Prozent festzulegen. So wird die Tonne Roggen 1500 ℳ kosten, die Tonne Kartoffeln aber bei 500 ℳ bestehen bleiben. Diese Erhöhung der Getreidepreise wäre aber immer noch so gehalten, daß die Brotpreise nicht teurer zu werden brauchen. Die Hauptsache sei, die heimische Ernte ganz zu erfassen. Das werde erleichtert, wenn das Getreide gleich nach der Ernte erfaßt werden könnte und hierin liege der Grund für die Beibehaltung der Frühdrusch- und Lieferungsprämien. Es ist zu hoffen, daß die Einfuhr ausländischen Getreides jetzt schneller erfolgen kann. Desgleichen sei in diesem Jahre mit einer frühen Ernte zu rechnen. Auch die Aussichten für die Kartoffelernte seien nicht schlecht. Die Bestände an Schlachtvieh hätten sich gehoben. Auch die Milchproduktion sei in der Besserung, genüge aber noch lange nicht. Die Zuckerproduktion habe sehr gelitten. Die Regierung habe jedoch für Kohlenzufuhren für die Zuckerindustrie gesorgt. Desgleichen sei eine Steigerung der Anbaufläche in diesem Jahre von 10 bis 12 Prozent erfolgt. Freigegeben könne der Zucker jedoch nicht werden. Das Bestreben der Regierung ist nach einer Verbilligung der Gemüsepreise gerichtet. Es sollen nur solche Organisationen und Kriegsgesellschaften bestehen bleiben, die unentbehrlich sind. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte der Minister an die Landwirtschaft, ihrer Lieferungspflicht nachzukommen. Andererseits bitte er das große Publikum, die Landwirtschaft zu achten. Keinem Bauer könne vorgeschrieben werden, was er bauen solle. Der Abg. Dr. Helfferich (DN.) polemisierte dann in einer längeren Rede u. a. gegen die letzten Ausführungen des Finanzministers, worauf der Finanzminister Dr. Wirth ihm entgegnete, es sei unerhört, derart 24 Stunden vor Spa die Brandfackel ins Haus zu schleudern. Es sprachen dann noch die Abg. Becker-Hessen (D.VP.), Frau Zetkin (K.), Petersen (Dem.). Der Reichskanzler Fehrenbach dankte hierauf für die Anerkennung, die ihm ausgesprochen und für die ruhige und sachliche Art, mit der die Regierungserklärung besprochen wurde. Das Mißtrauensvotum der Unabhängigen wie bereits gemeldet, wurde mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Das Anhalten des besseren Valutazustandes gestattet zunächst, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung nach Erleichterung auf dem Gebiete der Zwangswirtschaft, insbesondere nach eiweißhaltigen Nahrungsmitteln und schmackhaftem Zubrot Rechnung zu tragen und das Verbot der Einfuhr von Käse aus dem Ausland bis auf weiteres aufzuheben. Sollte wider Erwarten die Valuta sich erheblich verschlechtern, so wird im Interesse unserer Zahlungsbilanz eine Zurücknahme der Einfuhrgenehmigung vorbehalten. Im Anschluß an die Aufhebung des Einfuhrverbots soll auch die Bewirtschaftung von Käse im Inland freigegeben werden in der Erwartung, daß infolge der Besserung der Valuta die Einfuhr ausländischen Käses preismildernd auf die gegenwärtig zum Teil unerhörten Schleichhandelspreise für einheimischen Käse einwirkt.

Um den Steuer-Abzug.

Berlin, 3. Juli. Aus den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstags kann als allgemeine Auffassung festgestellt werden, daß mit Ausnahme der USPD. von keiner Fraktion die Aufhebung des § 45 des Einkommensteuergesetzes (Erhebung der Steuer an der Quelle) vertreten wird, dagegen dessen schablonenhafte Anwendung gemildert werden soll. Es soll versucht werden, durch Erhebung eines Pauschalbetrags in einer der Steuerleistung nahekommenden Höhe eine Erleichterung des Abzugs herbeizuführen. Demgemäß könnte der feste Satz von 10 Prozent nicht unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Zu einer Beschlußfassung ist es übrigens noch nicht gekommen. Die Angelegenheit wurde einem Unterausschuß überwiesen.

Ausland.

Schweizer Grenze, 2. Juli. Das „Journal Officiel" veröffentlichte gestern abend eine Ermächtigung des Ministerrats an den Kriegsminister, folgende Truppen unter die Waffen zu rufen: 1. Alle Jahrgänge 1895 bis einschl. 1902, 2. alle Unteroffiziere der Jahrgänge 1889 bis 1894. Aus der Nachricht ist nicht ersichtlich, warum diese neue Mobilisation in Frankreich vorgenommen wird, es dürfte sich anscheinend um beabsichtigte große Truppensendungen nach Kleinasien oder Polen handeln.

London, 3. Juli. Daily Mail erfährt aus Brüssel: Nach den letzten Nachrichten aus Polen ist die Stadt Lemberg in die Hände der Roten Armee gefallen.

London, 3. Juli. Die Liste der Schiffe, die Deutschland an England abtreten soll, ist den „Times" zufolge, fertiggestellt. Sie umfaßt 7 Linienschiffe und 106 Frachtdampfer.

Spa und die „Kriegsverbrechen".

Nach einer Londoner Meldung sagte Bonar Law im Unterhaus, die Alliierten beabsichtigen, die Frage des Prozesses gegen die Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen in Spa zu erörtern. Auf verschiedene Anfragen bemerkte Bonar Law: Von 27 gefangen genommenen U-Bootbefehlshabern befindet sich noch einer in England, die übrigen sind freigelassen und nach Deutschland geschickt worden. Der Prozeß gegen diese wird vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden.

Die mutmaßliche Dauer der Spaer Konferenz.

Nach einer Brüsseler Meldung rechnet man in Ententekreisen für die Spaer Verhandlungen auf eine Dauer von 12 bis 15 Tagen. Wird überhaupt verhandelt, so wird die Konferenz mindestens solange dauern. Das deutete auch gestern der Kanzler in seiner Aussprache an. Im andern Fall würden die Delegierten sich wohl nach wenigen Tagen in Berlin wiederfinden und der Reichstag hätte dann zu beschließen, was werden soll.

Vermutetes Entgegenkommen der Alliierten.

Basel, 3. Juli. Die schon seit einigen Tagen bestehende Meinung von einer Revision des Friedensvertrages von Versailles scheint durch einen plötzlichen Stimmungsumschwung der Pariser Presse tatsächlich bestätigt zu werden. Selbst der „Temps" tritt für eine entgegenkommende Haltung gegenüber Deutschland auf der Konferenz ein.

Eine Denkschrift Fochs.

Basel, 2. Juli. Das Pariser „Journal offiziell" meldet: Marschall Foch habe den alliierten Kabinetten eine Denkschrift für die Konferenz in Spa zugehen lassen, welche sich gegen militärische Zugeständnisse an Deutschland ausspricht. Marschall Foch wird sein Gutachten und seine Anträge in Spa persönlich begründen. Am Nachmittag fand unter Fochs Vorsitz eine Zusammenkunft der militärischen Sachverständigen für die der Konferenz zur Entscheidung vorzulegenden militärischen Fragen statt. — Havas berichtet dazu: Infolge der Umstände, unter denen Deutschland die militärischen Klauseln des bisherigen Friedensvertrages ausgeführt hat, war die Konferenz der Ansicht, daß Deutschland um jeden Preis entwaffnet werden müsse.

Abkommen zwischen Italien und Albanien.

Rom, 3. Juli. Dem Giornale d'Italia zufolge umfaßt das Abkommen zwischen Italien und Albanien folgende Punkte: 1.) Die italienische Regierung anerkennt die albanische Regierung in Tirana. 2.) Albanien verwaltet das Gebiet ohne jegliche fremde Beeinflussung. 3.) Vollständige Räumung Albaniens durch die italienischen Truppen. 4.) Albanien ist in seinen Rüstungen für die Verteidigung seiner nationalen Unversehrheit völlig frei. 5.) Italien soll befugt sein, maritime Verteidigungsanlagen auf der vor Valona gelegenen Insel Sasemo zu errichten. Valona bleibt von den italienischen Truppen besetzt. 6.) Italien wird für die in Albanien errichteten Zivilbauten entschädigt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. Juli. Am letzten Samstag ist eine Abordnung der aus der Mitte der Demonstrationsversammlung vom 30. Juni gewählten Kommission beim Ernährungsministerium in Stuttgart gewesen. Sie wurde vom H. Ernährungsminister selbst empfangen und fand auch williges Ohr für die Leiden und Nöte des Bezirks Neuenbürg. Eine Verbesserung unseres täglichen Brotes ist mit Bestimmtheit für die allernächste Zeit versprochen worden und in sichere Aussicht zu nehmen. Ueber Herabsetzung des Milch- und Butterpreises schweben Verhandlungen, die baldigst zu einer Entscheidung führen werden.

R.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neuenbürg, 5. Juli. Das gestern in Schömberg stattgefundene Gauturnfest des Unteren Schwarzwildgaus brachte dem hiesigen Turnverein recht beachtenswerte Erfolge. Im Vereinswetturnen der Turner erhielt der Verein mit 26½ Punkten einen 1. Preis, im Vereinswetturnen der Turnerinnen einen Preis 1. Klasse mit 22 fünf Sechstel Punkten. Das Einzelwetturnen in der Oberstufe brachte dem Verein 4 Preise; es hielten den 2. Preis mit 133,5 Punkten Christ. Müller, z. Zt. in Stuttgart (ohne Wettbewerb), Wilhelm Stengele, 2. Preis mit 128,5 Punkten, Wilh. Baumann, 3. Preis mit 123,5 Punkten, Richard Höhn 6. Preis mit 112,5 Punkten. In der Unterstufe sicherten sich nachstehende Mitglieder Preise: Eduard Röck 2. Preis 126,5 Punkte, Friedrich Röck 3. Preis 126 Punkte, Otto Gorgus 5. Preis 122 Punkte, Wilhelm Deusch 7. Preis 120½ Punkte, Josef Fuchs 22. Preis 102,5 Punkte. Im Einzelwetturnen der Turnerinnen gingen als Siegerinnen hervor: Elise Keck 1. Preis 57,5 Punkte, Eugenie Finkbeiner 4. Preis 45,5 Punkte, Emilie Schmid 5. Preis 45 Punkte, Elise Müller, Klara Gauß, Mina Maier je einen 7. Preis, 41 Punkte, Johanna Bohnenberger 10. Preis 38,5 Punkte, Emma Titelius 12. Preis 36,5 Punkte, Emma Maier, 16. Preis 31,5 Punkte. Leider war die Preisverteilung durch Regen gestört, die Heimkehr erfolgte unter Absingen froher Turnerlieder.

Neuenbürg, 4. Juli. Wie uns nachträglich berichtet wird, ging der Turn-Verein Calmbach bei dem am Sonntag, den 27. Juni in Birkenfeld stattgefundenen Turnen des Enz-Pfingtgaues im Tauziehen als Sieger hervor.

Wildbad, 4. Juli. Gegen die außerordentliche Erhöhung der Kurtaxe von 5 auf 20 Mark in der Woche und der Bäderpreise von 1,50 auf 4 und 2,50 auf 6 ℳ hat der Gemeinderat beim Finanzministerium Einspruch erhoben, aber bis jetzt keinen Erfolg erzielt.

Rotenbach, bei Neuenbürg, 1. Juli. Am Sonntag, den 27. Juni ds. Js. hielt der Verein für Bienenzucht Neuenbürg im Bärensaal in Ottenhausen seine Versammlung ab, die zahlreich durch Mitglieder und auch einige Imkerfrauen besucht war. Der Vorstand des Vereins, Herr Oberlehrer Bürkle, der erstmals wieder zu der Versammlung erschien und dessen Platz von einigen Mitgliedern mit Blumen geschmückt wurde, begrüßte die Erschienenen und begründete die Abhaltung der Versammlung in Ottenhausen statt in Höfen. Nachdem die Beitragserhöhung auf 5, bezw. 4 Mark von der Versammlung genehmigt, wurde die übliche Ehrung dem verstorbenen Ausschußmitglied Elias Braun zu Teil. Hierauf gab Herr Moll, Neuenbürg, den Jahres- und Kassenbericht bekannt. Es reihte sich eine Erläuterung der Zuckerversorgung an, welche dieses Jahr ganz besonders das Schmerzenskind zu werden verspricht. Ein Vortrag des Vorstands über die Lage der Imker belehrte die Bienenzüchter, den Wert der Bienenerzeugnisse richtig einzuschätzen und dürfte wohl von allen Anwesenden auch richtig erfaßt worden sein. Die weiter auf der Tagesordnung stehenden Faulbrutzwangsversicherung und die Unterstützung und Förderung der Wanderimkerfache im Bezirk führte dann zu lebhafter Beteiligung an der Aussprache unter den Imkern. Insbesondere wurde die Gewissenlosigkeit einiger Imker mit verseuchten Ständen scharf gerügt. Schließlich einigte man sich bezüglich der Faulbrutzwangsversicherung zu folgendem Beschluß: Der Bezirksverein ist gerne bereit einer Zwangsversicherung gegen Faulbrut beizutreten auf folgender Grundlage: Zahlung eines Eintrittsgeldes von 1 ℳ pro Stock und 10 ₰ jährlich pro Volk bei 75 Prozent Entschädigung für vernichtete Völker und Waben und stellt den Antrag, der Landesverein möge in tunlichster Bälde die Württ. Landesregierung veranlassen, ein Faulbrutgesetz mit Zwangsversicherung dem Landtag vorzulegen und zur Durchführung zu bringen. Wegen der Wanderung mit Bienen wurden folgende Bedingungen aufgestellt: Die Zwecke der Wanderimker sollen gefördert werden durch ein Eintrittsgeld von 10 ℳ und einem einmaligen Beitrag von 50 ℳ. Die Aufstellung von Wanderbienenständen muß aber 4 Km. entfernt von den örtlichen Bienen erfolgen. Verseuchte (faulbrutkranke oder verdächtige) Völker dürfen nicht aufgestellt werden. Die Wanderer haben ein Gesundheitszeugnis für ihre Bienen beizubringen, das von einem Wanderlehrer ausgestellt ist. Bei Seuchenverdacht hat der Bezirksverein das Recht durch einen von ihm beauftragten Sachverständigen im Beisein und unter Mithilfe der betr. Besitzer deren Völker auf ihre Kosten zu untersuchen. Die Völker müssen sofort nach Schluß der Tracht wieder entfernt werden. Passende Plätze zur Aufstellung der Wanderbienenstände werden namhaft gemacht. Die hierauf vorgenommene Wahl des Ausschusses ergab folgendes Resultat: 1.) Rektor Vollmer, Neuenbürg, 2.) Karl Reichstetter, Engelsbrand, 3.) Hauptlehrer Baumann, Calmbach, 4.) Karl Rometsch, Kürschner, Wildbad, 5.) Sägewerksbesitzer Klink, Conweiler, 6.) August Höll, Birkenfeld, 7.) Wilhelm Braun, Höfen. Als Berichterstatter für die Zeitung etc. wurde bestimmt Wilhelm Süß, Rotenbach. Man trennte sich mit dem Wunsche, es mögen die zur Zeit fließenden Honigquellen den Waldimkern reichliche Ernte liefern. W. Süß.

Ein Wort über die Milchverteuerung durch die Milchhändler und Fuhrleute.

Neuenbürg, 3. Juli. Wir erhalten folgende Zuschrift: In dem Bericht des Gemeinderats der Stadtgemeinde Wildbad im „Enztäler" Nr. 150 über die Sitzung am Dienstag wurde scharf gegen die hohen Lebensmittelpreise protestiert, vor allem auch gegen den Milchpreis von 1,80 Mark, dabei wurde die Hauptschuld den Milchhändlern und Fuhrleuten zugeschoben. Wir sehen uns daher veranlaßt, zur Richtigstellung folgendes der Oeffentlichkeit zu übergeben. Wir erhalten für die von uns selbst gesammelte Milch von der Stadtgemeinde Wildbad 1.50 Mark pro Liter; davon erhält der Erzeuger Mark 1.20 bleibt Lohn für Sammeln einschließlich Fuhrlohn 30 ₰ für den Milchhändler. Bei 300—350 Liter durchschnittlicher Tagesmenge ergibt sich demnach ein Fuhr- und Sammellohn von ℳ 90.— bezw. 105.—. Hierzu sind erforderlich 2 Pferde, ein Fuhrmann, sowie drei Personen zum Sammeln der Milch. Zieht man dies alles in Betracht und berücksichtigt die hohen Preise für Pferde, Geschirr und Wagen und sonstiges (nur ein Beispiel: Ein Hufeisen, welches früher mit 70 ₰ berechnet wurde, kostet heute ℳ 16.—) so wird jederman gerne zugeben, daß der Verdienst der Milchhändler den heutigen Verhältnissen entsprechend kein allzuhoher ist und daß die seitherigen Lohnforderungen keine willkürlichen waren, sondern daß sie nur unter dem Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse gefordert wurden und auch berechtigt waren. Sollten die Unkosten durch eine weitere Preissteigerung der Fuhrwerksbedarfsartikel sich wesentlich erhöhen, sodaß eine weitere Forderung der Milchhändler notwendig wird, so dürfte selbst die Stadtgemeinde Wildbad diesem machtlos gegenüberstehen. Hoffen wir, daß eine weitere Preissteigerung unterbleiben kann. Wir überlassen es nun der Oeffentlichkeit zu urteilen ob ein Fuhr- und Sammellohn (das Sammeln muß von Haus zu Haus geschehen) von 30 ₰ pro Liter berechtigt ist, zumal ja die Stadtgemeinde Wildbad für die Verteilung seit dem neuen Aufschlag von eben dieser Milch ebenfalls 30 ₰ erhebt. Sollten die Verteilungskosten so hoch sein? Oder wo bleibt dieses Geld?

Sämtliche Milchfuhrleute.

Württemberg.

Stuttgart, 3. Juli. (Die Milchkonferenz der Oberamtsvorstände.) Am 3. Juli waren die Oberamtsvorstände des Landes bei der Landesversorgungsstelle versammelt, um zur Milchpreisfrage Stellung zu nehmen. Es ergab sich, daß in einer großen Anzahl von Oberamtsbezirken durch Verhandlungen der Milchpreis herabgesetzt war. Dies erfolgte aber teilweise unter dem Druck der allgemeinen Erregung und auch in der Erkenntnis der tatsächlichen Notlage weiter Verbraucherkreise. Die Mehrzahl der Anwesenden war der Meinung, daß solche Vereinbarungen behördlicherseits festgelegt werden müssen, wenn sie von Bestand sein sollen. Im Interesse der öffentlichen Ruhe wurde eine amtliche Herabsetzung des Milchpreises von der Mehrheit befürwortet. Mit den Verbrauchern hat die Landesversorgungsstelle bereits am heutigen Samstag verhandelt. Die Erzeuger wurden am letzten Montag gehört. Nun muß nur noch der Ernährungsbeirat des Ministeriums sein Urteil abgeben, dann wird eine neue Verfügung über den Milchpreis erscheinen.

Enzberg, OA. Maulbronn, 3. Juli. (Ertrunken. — Seuchennot.) Im Kanal des Elektrizitätswerks hier ertrank der 10jährige Knabe des Schmiedmeisters Bellon. — Die Maul- und Klauenseuche hat sich fast in sämtlichen Ställen der Gemeinde verbreitet. Verendet sind bis jetzt 118 Stück Vieh.

Oberdigisheim, 3. Juli. (Die Aelteste.) Dieser Tage wurde die 10jährige Anna Maria Schuler, geb. Stingel vom Geyerhäd zu Grabe getragen. Sie hatte im vorigen Jahre in körperlicher und geistiger Rüstigkeit ihren 100. Geburtstag feiern dürfen. Merkwürdigerweise wurde ein Jahr nachher ihr Geburtstag zum Todestag.

Tübingen, 3. Juli. (Häußer in der Nervenklinik.) Unter Auflauf einer großer Kinderschar hat der bekannte Bandenpräsidiger Häußer seinen Einzug in die Klinik für Gemüts- und Nervenkrankheiten gehalten, wohin er auf Veranlassung einer Behörde überwiesen wurde.

Tuttlingen, 3. Juli. (Der Lohnabzug.) Dem von den Betriebsräten einstimmig gefaßten Beschluß, den 10prozentigen Steuerabzug vom Lohn nicht vornehmen zu lassen, schlossen sich der Industriellenverband und der Verein Tuttlinger Schuhfabrikanten für diese Woche an. Das Ersuchen der Betriebsräte, sich dem Protest gegen den Steuerabzug vom Lohn anzuschließen, lehnten die Industriellen aus prinzipiellen Gründen ab.

Wurzach, 4. Juli. (Erzwungener Rücktritt.) Die Arbeiter und Angestellten der Haidgauer Toriwerke haben im Schloßhof eine große Demonstration veranstaltet und nach stürmischen Verhandlungen den Rücktritt des zweiten Direktors Brandl erzwungen.

Vom Bodensee, 4. Juli. Ein Hopfenhändler in Tettnang verschickte dieser Tage einen Zylinder für Preßhopfen an eine Brauerei bei Konstanz. Da der Hopfenzylinder in Friedrichshafen zu bluten anfing, wurde er geöffnet. Man fand darin 2½ Zentner Schweinefleisch, das leider durch das Lange Lagern bei der Hitze ungenießbar geworden ist.

Vermischtes.

Französischer Menschenraub. Der Mannheimer „Gen.-Anz." berichtet von einem typischen Beispiel der Anwerbung zur französischen Fremdenlegion. Zwei 21- bis 23jährige Männer, ein Kellner und ein Maschinist befanden sich vor kurzem in Ludwigshafen in einem Kabarett, wo sie von einem jungen Oesterreicher angesprochen wurden. Als dieser drei nachts 1 Uhr das Kabarett verließen, rief der Oesterreicher einem Auto, angeblich, um die beiden jungen Leute ihrem Verlangen entsprechend nach Mannheim zu fahren. Als die beiden während der Fahrt einschliefen und in der Früh erwachten, befanden sie sich in der Kaserne des früheren 13. Infanterieregiments in Landau, wo sie noch 120 deutsche Leidensgefährten antrafen, u. a. viele junge Leute aus Mannheim und Umgebung und aus Ludwigshafen. Die beiden Neugekommenen wurden aufgefordert, ihre Unterschrift unter ein in französischer Sprache gehaltenes Schriftstück zu setzen, und als sie dies verweigerten, erhielten sie einen Faustschlag ins Gesicht mit der Aufforderung: Unterschreibe, Bache! Bei der hierauf vorgenommenen körperlichen Untersuchung wurden ihnen sämtliche Geld- und Wertsachen abgenommen. Dem Kellner wurden die neuen Schuhe von den Füßen gerissen und ihm ein paar alte, sowie zwei Frankenstücke zugeworfen. Dem Maschinisten wurde sein neuer Mantel und sein neuer Anzug abgenommen und beide in französische Uniform gesteckt. Nächsten Morgen wurden sie gezwungen, sich an den Arbeiten in der Kaserne, u. a. an der Reinigung, zu beteiligen. Das Essen war ungenügend und sehr schlecht. Die Mannheimer Polizeidirektion betont noch hierzu, daß allein in Mannheim und Ludwigshafen 8 bis 10 Oesterreicher sich aufhalten, um Pfälzer für die Fremdenlegion einzufangen, und ersucht, verdächtige Elemente möglichst sofort der Polizei anzuzeigen.

Ein dreifacher Mörder standrechtlich erschossen. Der Kaufmann Wilhelm Scharnagel hatte im Dezember v. Js. seine Frau, seine Schwägerin und das Dienstmädchen in Ziemetshausen auf bestialische Weise mit einem Beil ums Leben gebracht. Das Volksgericht in Memmingen hat Scharnagel gestern mal zum Tode und außerdem wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. In Anbetracht der Schwere der Tat hat das bayr. Gesamtministerium eine Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus abgelehnt. So wurde nun der Tripelmörder von Memmingen nach Heising gebracht, wo er in einer Kiesgrube von einem Kommando des Kempter Reichswehrbataillons erschossen wurde. Der Verurteilte hatte bis zum letzten Augenblick auf Begnadigung gehofft. Als es zum Sterben kam und er sich die Binde um die Augen legte, verließen ihn die Kräfte. Vorher hat hat er sich noch mit seinem geistlichen Beistand besprochen. Das Urteil war nun vollstreckt.

Freigabe der Eierreinfuhr. Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. Juni wird die Einfuhr von Eiern und Eiprodukten freigegeben. Die zentralisierte Einfuhr durch die Eiereinfuhrgesellschaft wurde aufgehoben und die Waren (flüssige, getrocknete, kristallisierte Eier und Eierprodukte) auf die sog. Freiliste

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill.

69] (Nachdruck verboten.)

19. Kapitel.

Der Freiherr von Reckenburg erfuhr von Ediths Reise nach der Hauptstadt erst mehrere Stunden nach ihrer Fahrt in die Privatklinik des Doktor Pittius. Er selbst war unmittelbar nach dem Besuche des Senators und seiner Enkelin abgereist und erst am Nachmittag des folgenden Tages nach Donnersberg zurückgekehrt, desselben Tages, für den die Verabredung der Komtesse mit ihrem Stiefbruder gegolten.

Die Kunde von ihrer Abwesenheit erreichte ihn in Gestalt eines von dem Senator gesandten Billetts, das er bei seiner Ankunft im Dorfgasthofe auf seinem Zimmer vorfand. Der alte Herr machte ihm die Mitteilung nicht etwa, weil er ihr eine besondere Bedeutung beigemessen oder sich irgendwie beunruhigt gefühlt hätte. Er erfüllte damit vielmehr lediglich eine Verpflichtung, nämlich, den Regierungsassessor über alle Vorgänge im Schlosse auf dem laufenden zu erhalten. Das Billett erwähnte beiläufig, daß der Graf noch nicht zurückgekehrt sei, und daß selbst der Major Brandensels nicht wisse, wo sich sein Neffe in der Hauptstadt aufhalte. Und es schloß mit der Bemerkung:

„Es gewinnt für mich überhaupt immer mehr den Anschein, als ob nicht eben das beste Einvernehmen zwischen dem Major und seinem Neffen bestände, und ich würde mich durchaus nicht wundern, wenn er den Grafen auf Wegen vermutet, die er aufs höchste mißbilligt. Sein Verhalten, als ich ihn nach der Adresse des jungen Mannes fragte, ließ wenigstens sehr stark darauf schließen."

Der Freiherr überlegte eine Weile die Bedeutung, die er diesen Mitteilungen beizumessen habe, und faßte dann den Entschluß, sich auf das Schloß zu begeben. Ohne daß er in der Reise seiner jungen Cousine etwas Bedenkliches gesehen, oder sie in einen Zusammenhang mit der Abwesenheit des Grafen gebracht hätte, fühlte er doch das Bedürfnis, sich Aufklärung darüber zu verschaffen, wie und wodurch der immerhin etwas überraschende Entschluß dieser Reise in ihr entstanden war. Was ihn befremdete, war der Umstand, daß sie bei dem gestrigen Besuche nichts von dieser Absicht ihm gegenüber erwähnt hatte. Wenn ihr Ausflug wirklich keinen anderen Zweck, als den eines Wiedersehens mit ihrer Freundin verfolgte, so war es absolut unerfindlich, weshalb sie daraus gerade ihm gegenüber hätte ein Geheimnis machen sollen. Und er war eben gewöhnt, hinter allem, was von dem natürlichen Verlauf der Dinge abwich, eine tiefere Ursache zu suchen.

Da der Graf seit Absendung des Vanderzeeschen Briefes noch nicht wieder im Schlosse gewesen war, und da der Freiherr die Gewißheit hatte, daß er auch mit dem Zuge, den er selbst benutzt hatte, nicht zurückgekehrt war, lief er nicht Gefahr, sich bei einer Begegnung mit dem Vetter unliebsamen Erlebnissen auszusetzen. Und er glaubte, seinem Selbstgefühl unter den obwaltenden Umständen nichts zu vergeben, wenn er trotz des erlassenen Verbotes das Gebiet des Schlosses in Abwesenheit des Besitzers wieder betrat.

Während der nächsten drei Stunden kam kein anderer Zug aus der Hauptstadt auf der nächstgelegenen Eisenbahnstation an, und drei Stunden waren nach seinem Dafürhalten überflüssig Zeit genug für ihn, um sich alle wünschenswerten Informationen zu verschaffen.

Die erste, die ihm in der Eingangshalle des Schlosses entgegenkam, war Miß Trimmer, die junge amerikanische Verwandte des Ehepaars Vanderzee.

„Ich stand zufällig am Fenster und sah Sie kommen," sagte sie mit jener unbefangenen Aufrichtigkeit, die eine ihrer liebenswürdigsten Eigenschaften bildete. „Sie wollen die Abwesenheit des Ungeheuers benutzen, um den Stammsitz Ihrer Vorfahren wiederzusehen — nicht wahr?"

„Es ist allerdings möglich, daß ich einen anderen Weg gewählt haben würde, meine Erkundigungen einzuziehen, wenn ich nicht von der Abwesenheit des ‚Ungeheuers' gewußt hätte," gestand der Freiherr zu. „Ich hatte den Senator befragen wollen, aber Sie werden mir die gewünschte Auskunft ebensogut geben können, sofern Sie dazu geneigt sind."

„Ich stehe selbstverständlich ganz zu Ihrer Verfügung. Um was handelt es sich denn?"

„Um die Reise meiner Cousine, der Komtesse Edith. Wie ist sie eigentlich auf diese Idee gekommen?"

Miß Trimmer mochte wohl eine andere Frage erwartet haben als gerade diese. Sie sah etwas verwundert aus, und dann schien ihr eine seltsame Vermutung aufzusteigen.

„Lieber Himmel! Sie glauben doch nicht etwa, daß Edith —"

Aber er ließ sie gar nicht aussprechen.

„Ich glaube gar nichts. Ich wünsche nur möglichst klar zu sehen. An und für sich ist es ja die natürlichste Sache von der Welt, daß Edith nach all dem Schrecklichen, was sie hier hat durchleben müssen, den Wunsch hegt, sich durch ein paar Plauderstunden mit ihrer besten Freundin zu zerstreuen. Aber die Dinge befanden sich hier in einem Zustande, der uns nötigt, auf alles achtzugeben und auch den kleinsten Umstand nicht unberücksichtigt zu lassen. Auch das scheinbar Harmloseste und Unverfänglichste kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen plötzlich eine besonders schwerwiegende Bedeutung gewinnen. Wissen Sie, ob Edith vielleicht heute morgen einen Brief von ihrer Freundin erhielt, der ihr eine Einladung gebracht hat?"

„Nein, das war sicherlich nicht der Fall. Sie gab uns ihre Absicht, die Steinkirchsche Familie zu besuchen, schon gestern an der Frühstückstafel zu erkennen. Und es kam mir vor, als ob sie etwas nervöser und weniger unbefangen als sonst sei, während sie davon sprach. Es machte den Eindruck, als fürchte sie, man könnte ihrem Vorhaben Hindernisse in den Weg legen. Denn als sich ihre Mutter sogleich damit einverstanden erklärte, schien sie wieder ganz ruhig."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

jetzt. **Ein- und Ausfuhrbewilligung ist also nicht mehr erforderlich.**

Die Explosionskatastrophe.

Königsberg, 4. Juli. In Sachen der Explosionskatastrophe in Rothenstein, die fast 300 Menschenleben kostete und einen Schaden von vielen Millionen anrichtete, hat Geheimrat Prinzhausen (Königsberg) ein Gutachten erstattet, wonach das Artilleriedepot zwanzigfach mit Munition und Pulver überlegt und deshalb ein großer Teil davon in unverantwortlicher Weise im Freien gelagert war, ebenso seien die Granaten in fahrlässiger Weise untergebracht gewesen. Den Schaden hat das Reich und der Staat zu tragen.

Neueste Nachrichten.

München, 4. Juli. Der München-Augsburger Abendzeitung zufolge ist hier eine umfassende Konterrevolutionsorganisation entdeckt worden. Die Führer erklärten, jetzt, wo die Schwierigkeiten der Reichsregierung unsichere Zustände zeitigen, sei die beste Gelegenheit zum Umsturz gegeben.

Aschaffenburg, 5. Juli. Das Gewerkschaftskartell und die Betriebsräte Aschaffenburg haben den Streik auf der Zeche Gustav, durch den Aschaffenburg, Darmstadt und andere Orte seit zwei Tagen ohne Licht und Strom sind, mit allen unabhängigen und mehrheitssozialistischen Stimmen gegen die Stimmen weniger Kommunisten auf das entschiedenste verurteilt. Diese lokalen Streiks schädigen nur die Sache der Arbeiter.

Wiesbaden, 4. Juli. Der hessische Landtagsabgeordnete Schildbach ist verhaftet worden, der schon einmal, am 2. Juni 1919, wegen Beteiligung an dem Abwehrstreik gegen die Loreßingsbestrebungen Dortens verhaftet und dann ins unbesetzte Gebiet abgeschoben worden war.

Saarbrücken, 4. Juli. Da die Arbeitgeber ablehnen, mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln, hat sich der Streik auf die ganze Metallindustrie des Saargebietes ausgedehnt. Auf allen Werken werden nur noch Notstandsarbeiten ausgeführt. Es herrscht überall Ruhe. Eine Regierungskommission verhandelt mit den Arbeitervertretern.

Köln, 4. Juli. Oberbürgermeister Adenauer hat in einem Telegramm an den Reichskanzler dringend gebeten, infolge des Inkrafttretens des 10prozentigen Lohnabzugs mit allen Mitteln auf eine beschleunigte Preissenkung hinzuwirken, um der unter den Arbeitern und Angestellten durch den Steuerabzug gesteigerten Erregung zu steuern.

Dresden, 4. Juli. Gestern kam es hier zwischen vier uniformierten französischen und einem englischen Soldaten, weil sie sich gegen einen Herrn und eine Dame, die die Soldaten höflich um einen Beitrag zur Grenzspende angesprochen hatten, tätlich vergingen und zahlreichen Passanten zu einer regelrechten Schlägerei. Diese wurde durch das Dazwischentreten eines englischen Offiziers beendet, der die 5 Soldaten nach dem Hotel der Ententekommission abführen ließ.

Magdeburg, 4. Juli. Die Bewegung gegen den 10prozentigen Steuerabzug nimmt einen immer größeren Umfang an. Hier wird eine lebhafte Propaganda für einen Generalstreik gegen den Abzug betrieben. Die Bergarbeiter des Mansfelder Bezirks sind in den Ausstand getreten und wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, als bis die 10 Prozent Lohnabzug aufgehoben werden.

Berlin, 4. Juli. Der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge veröffentlicht eine Kundgebung gegen die brutale Vergewaltigung der Deutschen durch die Polen und gegen die Behinderung der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Die Reichs- und die preußische Staatsregierung werden aufgefordert, mit Vergewaltigungsmaßregeln gegen alle in Deutschland ansässigen Polen vorzugehen. — Nach der „Vossischen Zeitung" sind im westpreußischen Abstimmungsgebiet polnische Trupps gebildet worden, die mit Handgranaten, Gummiknüppeln und Schlagringen deutsche Versammlungen sprengen sollen.

Halle, 4. Juli. Nach den Berliner Morgenblättern sind hier Unruhen vorgekommen. Zu Plünderungen kam es nicht. Die Bewegung richtet sich gegen die hohen Lebensmittelpreise. Die Polizei steht auf der Seite der Arbeiterschaft. Auch in Aschersleben zeigt sich eine ähnliche Bewegung.

Waldenburg in Schlesien, 4. Juli. Die Arbeiter der niederschlesischen Steinkohlengruben hatten die Entfernung von 25 Beamten aller Klassen verlangt. Als die Gruben dem nicht ohne weiteres nachgaben, traten die Arbeiter der Fuchsgrube und mehrerer Nachbargruben in den passiven Widerstand, der das gesamte Revier von 35 000 Arbeitern zu erfassen droht. Den Gruben ist es unmöglich, verdiente Beamte auf die Straße zu setzen.

Wien, 4. Juli. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge sollen zur Regelung der Vorfriedensschuld Oesterreichs an Frankreich die österreichischen Staatsbahnen an ein französisches Konsortium verpfändet werden. Da auch im Auftrag der ungarischen Regierung die Ungarische Kreditbank über den Verkauf der ungarischen Staatsbahnen an ein französisches Finanzkonsortium verhandelt, werden die Franzosen das gesamte Verkehrsnetz des Donaugebietes in ihre Hände bekommen.

Rotterdam, 4. Juli. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus San Franzisko meldet, gab Bryan in seiner Rede, in der er seine später abgelehnten Anträge für das Wahlprogramm begründete, seiner unerschütterlichen Treue Ausdruck, und erklärte, er würde gerne auf das Schaffott steigen, wenn er damit die Ratifikation des Friedensvertrages herbeiführen könnte. Die Menge brachte Bryan darauf gewaltige Kundgebungen dar, die 23 Minuten dauerten.

Die Zerreißung Deutschlands

Wien, 5. Juli. Die Arbeiterzeitung schreibt: Es ist seit drei Jahrhunderten das Prinzip der französischen Machtpolitik, daß die Zerreißung Deutschlands das Recht Frankreichs sei. Auch jetzt ist es das alte Ziel der französischen Imperialisten, das deutsche Volk zur Auflösung zu zwingen, es zurückzuschleudern in die Zeit, in der Franzosen, Niederländer, Schweden, Spanier und Russen auf deutschem Boden ihre Kriege ausfochten, in denen Deutschland zerteilt und zertrümmert, die Beute aller Nachbarn war. Wenngleich der Widerstand der angelsächsischen Mächte und Italiens den französischen Imperialismus gehindert hat, dieses Ziel schon in Versailles zu erreichen, so hoffen die französischen Imperialisten doch, daß ihre Stunde noch schlägt. Wenn sich der Klassenkampf in Norddeutschland bis zum Bürgerkrieg verschärft, dann, so hofften sie, fällt der agrarische klerikale Süden vom industriellen sozialistischen Norden ab. Dann bietet der Kampf gegen den Bolschewismus den willkommenen Vorwand zum Marsch über den Rhein. Dann kann das Reich zerlegt und zerstückelt werden.

Die Konferenz in Brüssel.

Brüssel, 4. Juli. In der zweiten Vollsitzung der Konferenz, in der Belgien, Frankreich, Italien und Japan vertreten waren, nahmen die Bevollmächtigten zunächst Kenntnis von dem Bericht der Sachverständigen, der unter Leitung von Marschall Foch über die Nichtausführung der militärischen, maritimen und aeronautischen Vertragsbestimmungen erstattet worden war. Es wurde beschlossen, nur diejenigen Fälle in Betracht zu ziehen, bei denen offensichtlicher böser Wille Deutschlands vorliegt. Lloyd George wird diesen Bericht am Montag in der ersten Sitzung im Namen der Alliierten der deutschen Delegation zur Kenntnis bringen. Die Deutschen sollen dabei ferner eingeladen werden, ihre Antwort auf die drei Noten bekannt zu geben, die die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100 000 Mann fordern. Der Oberste Rat setzte hierauf die Tagesordnung für die Konferenz von Spa fest. Danach sollen folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen: Entwaffnung, Wiedergutmachung und Kohle. In einer Vollsitzung der Alliierten soll neuerdings die Schuldfrage behandelt werden. Die Alliierten wollen nach vorhergegangener Verständigung unter sich den deutschen Vertretern ihren gemeinsamen Standpunkt durch einen einzigen Redner vorbringen lassen. Die Art und Weise der Begründung des Standpunkts der Deutschen bleibt diesen überlassen. Sie können aber sicher sein, in den Alliierten aufmerksame Zuhörer zu finden. Vor und nach dieser Sitzung werden sich die Alliierten unter sich versammeln zur Festsetzung einheitlicher Richtlinien. Bei ihrem Auseinandergehen prüfte die Brüsseler Konferenz eine Note der Wiedergutmachungskommission betreffend die nichtausgeführten Kohlenlieferungen. In dieser Hinsicht wurde festgestellt, daß Frankreich das Vorrecht auf die Nichtlieferungen als Entschädigung erhält.

Zur Konferenz in Spa.

Berlin, 4. Juli. Bei der Abreise nach Spa hat sich der Reichskanzler einem Vertreter des Berliner Lokalanzeigers gegenüber dahin geäußert, daß er überzeugt sei, es werde in Spa zu Verhandlungen kommen. Harte Kämpfe würden nicht ausbleiben, aber er glaube doch, daß die Delegation wenigstens etwas mit nach Hause bringen könne. Einen Eid wolle er freilich darauf nicht leisten, aber unmögliches dürfe die Entente von Deutschland nicht verlangen. Minister Simons betonte denselben Vertretern gegenüber, daß wir nicht bedingungslos unterschreiben würden.

Spa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Delegation ist kurz vor 2 Uhr nachmittags ohne Zwischenfall hier eingetroffen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt. Die zahlreich erschienene Menge verhielt sich schweigend. Die Delegation wurde im Zug von dem Generalsekretär der Konferenz Jacquenin und vom Grafen Duchatel im Namen der belgischen Regierung begrüßt und begab sich im Staatsauto in ihre Absteigequartiere.

Spa, 5. Juli. Millerand und Morel kamen bereits gestern hier an. Die übrigen Delegierten der Alliierten werden heute Abend erwartet.

Paris, 4. Juli. Nach Brüsseler Meldungen einiger Abendblätter soll man in der Frage der Verteilung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme der Lösung der Frage näher gekommen sein. Italien habe erklärt, es begnüge sich mit 9½ Prozent. Es seien ihm jedoch gewisse finanzielle Vorteile bei der Ausführungh der Friedensverträge der ehemaligen Verbündeteen Deutschlands zugesichert worden.

Spa, 4. Juli. Der Minister des Aeußern Dr. Simons äußerte sich heute Vormittag einigen ausländischen Pressevertretern über die bevorstehende Konferenz. Er erklärte u. a., nach dem Vertrage von Versailles sei der Betrag, den Deutschland als Wiedergutmachung zu leisten hätte, im Mai 1921 festzusetzen. Aber, wie die Dinge lägen, könnten weder Deutschland noch die Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets unmöglich sei. Vielmehr liege es im Interesse der ganzen Welt, die nur durch internationale Zusammenarbeit vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden könne, schon jetzt zu einer Klärung zu kommen. Soweit Deutschland in Frage komme, werde es bereit sein, alles zu tun, um jede Zusammenarbeit zu fördern. Von einem Pressevertreter gefragt, ob Deutschland bestimmte Vorschläge mitbringe, erwiderte der Minister: Eine bestimmte Summe zu nennen, die Deutschland unter allen Umständen zahlen muß, sei natürlich unter allen Umständen ausgeschlossen. Aber wenn es durch eingehende freimütige mündliche Verhandlungen gelänge, volles Einverständnis über gewisse Vorauszahlungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen. Der Minister bemerkte weiter, er habe im vorigen Jahre als der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde, seine Stellung im Reichsdienst aufgegeben, da er der Ansicht gewesen sei, daß Deutschland die furchtbar harten Bedingungen nicht erfüllen könne. Seitdem habe er einen wichtigen Posten in der deutschen Industrie bekleidet. Er habe Gelegenheit gehabt, eingehend zu studieren, bis zu welchem Umfang Deutschland den Vertrag von Versailles zu erfüllen in der Lage sei. Jedenfalls werde er nur das unterschreiben, was Deutschland seiner Ansicht nach erfüllen könne. Dr. Simons betonte weiter, daß die Erfüllung des Vertrags durch Deutschland in der Hauptsache in Arbeit bestehen würde und daß diese Arbeit von drei Bedingungen abhänge: Rohmaterial, Lebensmittel, Frieden im Innern. Diese Dinge, die ebenso grundlegend seien wie die Zukunft Oberschlesiens, seien die wichtigsten Voraussetzungen, über die man sich zuerst einigen müsse, ehe Deutschland irgend ein festes Angebot machen könne. Der Minister erklärte zum Schluß seiner Darlegungen, daß der feste Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung zu kommen.

Die Berliner Presse zu Spa.

Berlin, 5. Juli. Zu dem deutschen Sachverständigengutachten äußert sich von den Blättern, die zum Montag erscheinen, die Deutsche Tageszeitung: Die deutschen Sachverständigen betonen als eine der Hauptbedingungen, daß jetzt ein wirklicher Friedenszustand Platz greift. Es müßten die jetzigen Bedrohungen mit Repressalien aufhören und die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Tatsache werden. Dies ist nicht allein wirtschaftlich und politisch nötig, sondern vor allem auch moralisch. Solange die deutsche Wirtschaftswelt von einem zum anderen Tage nicht weiß, ob das dem Deutschen Reiche noch gebliebene Gebiet unangetastet sein wird, ob die Unzulänglichkeit der vorhandenen Truppen einen neuen ruinösen Umsturz herbeiführt, ob nicht eine neue Blokkade in irgendwelcher Form verhängt wird, solange wird die notwendige moralische Schwerkraft im deutschen Volke volkswirtschaftliche Leistungen nicht hervorbringen, sondern statt ihrer Hoffnungslosigkeit, Mangel an Unternehmungsgeist, auch vielleicht an Arbeitslust bestehen bleiben.

Die „Kreuzzeitung" möchte es für das beste halten, wenn die deutsche Regierung die Materie in Spa mit Kälte und Nüchternheit anfaßt. Das Gutachten der wirtschaftlichen Sachverständigen und die Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit und über die steuerliche Belastung in Deutschland geben darüber, wie das Blatt schreibt, genügend Aufschluß. Will die Entente auf diese Sprache nicht hören, so würde sich empfehlen, die Aktendeckel wieder zuzuklappen und in Ruhe abzuwarten, ob der Partner noch weiter verhandeln will. Starke Nerven werden am besten die Würde verbürgen, die der neue Reichskanzler und seine Begleiter unserem Vaterlande schuldig sind. Es wird an Einschüchterungsversuchen nicht fehlen. Man soll sie ignorieren oder besser mit dem nüchternen Hinweis auf unsere sprechenden Zahlen erwidern. Mit Gewaltplänen wird die Entente keinen Pfennig von uns herauspressen können und wenn uns nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung u. Staatsautorität das 200 000 Mann-Heer bleiben wird, so werden die Teilnehmer der Brüsseler Konferenz von Spa mit leeren Beuteln nach Hause kehren müssen.

Forstbezirke Hirsau, Langenbrand, Liebenzell.

Bekanntmachung,
betr. Sammeln von Waldbeeren.

Zufolge Verfügung der Forstdirektion werden **für das Sammeln von Waldbeeren** folgende Vorschriften erlassen:

1. **Außerhalb Württembergs wohnenden** Personen ist das Beerensammeln **in den württ. Staatswaldungen bei Strafe verboten.**

2. Für die **einheimische** Bevölkerung ist verboten:
   a) Das Sammeln an Plätzen, die durch Einzäunung oder Warnungszeichen geschlossen sind;
   b) das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr;
   c) das Uebernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb des Staatswaldes.

Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, hat **Bestrafung** auf Grund des Forstpolizeigesetzes zu gewärtigen.

Liebenzell, den 1. Juli 1920. Im Auftrag:
Forstamt Liebenzell
Walz.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abteilung für Einzelfirmen, Band I, Blatt 220, ist bei der Firma

Ludwig Jäck VIII in Conweiler

heute eingetragen worden:

Die Firma ist erloschen.

Den 28. Juni 1920. **Oberamtsrichter:** Brauer.

Aerztliche Mitteilung.

Der Aerzteverein für das Oberamt Neuenbürg sieht sich noch einmal zu folgenden Feststellungen gezwungen, **lehnt aber für die Folge jede weitere Aeußerung ab.**

1. Der Aerzteverein hat die objectiv unwahre und absichtlich irreführende Behauptung der Kranken-Kassenverwaltung, eine Consultation koste 6.—ℳ, richtig gestellt. Dieselbe kostet 4.—ℳ. **Darüber hilft auch kein Drehen und Winden hinweg.**

2. Der Aerzteverein hat ferner in Abwehr der uns der unwahren Behauptung entspringenden falschen Schlußfolgerung richtig gestellt, daß **nicht die Erhöhung der Arzthonorare** zu ungeheuren Ausgaben und damit zur Erhöhung der Beiträge führen wird, sondern daß die **Einführung der Familienhilfe und das Anwachsen der Mitgliederzahl zu gesteigerter ärztlicher Arbeitsleistung und damit zu größeren Ausgaben notwendigerweise führen muß.**

3. Der Aerzteverein hat sich rückhaltslos zur Sparsamkeit bekannt. Jede andere Unterstellung weist er mit dem schärfsten Widerspruch zurück, im Hinblick auf die von der Württembergischen Aerzteschaft geschaffenen, und im Landesarztvertrag festgelegten Einrichtungen, insbesondere aber im Hinblick auf die im Landesarztvertrag **nicht vorgesehene, aber von den Aerzten trotzdem geschaffenen ärztlichen Rechnungsprüfung.**

4. Der Aerzteverein vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß bei **aller** Sparsamkeit **das Wohl und die Gesundheit** der Krankenkassenmitglieder **in erster Reihe stehen müssen.**

5. Der Aerzteverein mußte bei jeder Erhöhung der Mitgliederbeiträge **die gleiche Taktik der Kassenverwaltung,** das Arzthonorar als Sündenbock vorzuschieben, **abwehren** (vergl. Wochenhilfe). Dabei hat es der Aerzteverein aber stets wie auch heute vermieden, die Sparsamkeit der Kassenverwaltung selbst anzuziehen, da er sich darüber (Verwaltergehalt 18000 —, Kassengebäude 200000 ℳ u. s. manches andere) eine prüfende Kritik nicht anmaßt, sondern dieselbe als den Kassenmitgliedern gehörig betrachtet.

6. Alles weitere, insbesondere was die Person des derzeitigen Verwalters und seine Geschäftsführung in ärztlichen Angelegenheiten betrifft, werden die Verhandlungen mit dem Gesamtvorstand oder mit dem Ausschuß, auf denen der Aerzteverein **unter allen Umständen** besteht, ergeben.

Aerzteverein für das Oberamt Neuenbürg.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kommissionsbericht der Protestversammlung gegen Teuerung und Wucher!

Morgens um 7 Uhr begab sich die Kommission aufs Oberamt, und von dort mit dem Herrn Amtmann Rilling zu dem Kommunalverbands-Vorsitzenden Kübler, um die Mißstände, welche aus den Reihen der Versammlung vorgebracht wurden, zu untersuchen. Die Kommission nahm an Hand der Lagerbücher und Anlieferungsscheine von der Landesversorgungsstelle, sowie von den Versandlisten Einsicht, und nahm an den Lagerbeständen Stichproben vor, welche zum Teil einen Mehrbestand, sowie an andern einen Abmangel ergaben. Die Gerüchte, welche in der Bevölkerung des Oberamts kursierten, konnten nach unserem Befund nicht aufrecht erhalten werden; so z. B. Haferflocken, daß Würmer enthalten wären, konnten wir nicht feststellen. Bei der nächsten Verteilung von Haberflocken wird eine Verbilligung eintreten, weil eine größere Menge vorhanden ist. Bei den Nudeln ergab sich ein Mehr von einigen Kilo, mit dem Zuckerpreis sind wir unter dem festgesetzten Höchstpreis der Landesstelle von 20 ₰ per Pfund. Mit Reis ist kaum mit einer Verbilligung zu rechnen, da Auslandsware, bei Erbsen dagegen tritt eine Verbilligung ein. Bei Keks fand sich ein Abmangel von 84 Paketen vor, welcher sich jedoch im Laufe des Tages wieder richtig stellte. Bei ausländischem Schweineschmalz ist ein kleines Manko vorhanden, bei Margarine ist ein größerer Posten da und wird bei der nächsten Verteilung bedeutend billiger abgesetzt. Bei Corned Beef wurde auch Abmangel vorgefunden, welcher sich bei der Monatsabrechnung richtig stellen dürfte. Corned Beef wurde von der Landesversorgungsstelle für den Fremdenverkehr zugewiesen, jedoch zu einem sehr hohen Preis, welchen selbst diese Orte, die in Frage kommen, für zu hoch hielten und deswegen nicht zugreifen wollten. An Speck wurde auch ein Abmangel festgestellt, 54 Kilo fehlten bei Ankunft an der Bahn, 50 Kilo dagegen sollte als Schwund in Anrechnung gebracht werden, was uns nicht ganz glaubhaft erschien, und es muß sich noch aufklären. Beim Mehl ergab es sich, daß nur ganz schlechte Qualität vorhanden und heute ein Waggon ganz schlechtes Gerstenmehl eingetroffen ist, was der Kommunalverbands-Vorsitzende im Beisein von der Kommission sofort beanstandet hat und ihm die Zusage gemacht wurde, daß alsbald ein Waggon Weizenmehl zur Mischung des Brotmehls eintreffen wird. Wegen Reorganisation des Kommunalverbandes, betreffs Beamten wird mit Abbau der Zwangswirtschaft, welche bevorsteht, Rechnung getragen. Betreffs Weiß, Ottenhausen, bestand die Kommission auf Rücktritt desselben, und wurde dem Oberamt zur Einleitung übergeben. Auf Anregung des Lagerhalters wurde von der Kommission Stahl, Engelsbrand als ständiger Kontrolleur und Mitarbeiter im Lager bestimmt. Beim Oberamt fand auch eine Aussprache statt, wo uns williges Gehör geschenkt wurde. Unsere Forderungen, welche die Versammlung gestellt hat, wurden vollauf akzeptiert; welche auch an das Ministerium übergeben und von einer viergliedrigen Kommission im Beisein von Herrn Amtmann Rilling am Samstag dem Ernährungsminister mündlich vorgetragen wird. Betreffs Enztäler-Angelegenheit wurde uns von der Redaktion die Zusage gemacht, daß fürderhin eine andere Schreibweise gegenüber der Arbeiterschaft eintritt.

Gelegenheitskauf!

Durch ausgeführte Umbauarbeiten sind nachstehende, guterhaltene Gegenstände preiswert abzugeben:

2 Stück gestemmte, weiß gestrichene **Türen mit Glasfüllungen** und Beschläg. Größe 1,02/2,29 m

50 Stück **Ballnster** aus Ton, 63 cm hoch, für Verranda oder Terrasse geeignet,

12 lfd. m **Sandsteinsockel,** scharriert ca. 15/25 cm, Querschnitt aus weißem Sandstein,

80 Stück achteckige **Zementplatten,** 35 mm dick, 32/32 cm groß,

80 Stück viereckige **Zementplatten,** 35 mm dick, 13/13 cm groß,

sowie verschiedene eichene **Fenster,** weiß gestrichen, ohne Verglasung.

Anzusehen in

Herrenalb, Villa Waldeck.

---

80 eichene Fässer

und **54 Fässer aus Kastanienholz** mit teilweise Eichenholzboden von 400—900 Liter und darüber haltend, gebraucht und gut erhalten, **billig zu verkaufen.**

Anfragen sind zu richten an **Ferdinand Geörg, Brötzingen,** Kelterstraße 106.

Rauchtabak, reine, gut brennende u. schmeckende Ware,

$^1/_{5}$-, $^1/_{2}$- und $^1/_{1}$-Pfd.-Päckchen à Pfd. ℳ 22.— incl. Steuer,
„ „ „ „ „ „ „ 26.— „ „
„ „ „ „ „ „ „ 32.— „ „
ohne Preisaufdruck.

Nordhäuser Kautabak, Ia. gebeizt, garantiert schimmelfrei, 100 Knoten (dick), Rollen (dünn) ℳ 115.— incl. Steuer, 10 „ „ 14.— frco. „ „
sowie **Cigarillos** und **Cigarren,** Preislage ℳ 430.— bis ℳ 1500.— $^0/_{00}$, versendet laufend unter Nachnahme ab Böhringen

H. Köbele, Fabriklager u. Großhandlung, **Böhringen-Richelshausen.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am **Dienstag, 6. Juli 1920,** abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1) Wohnungsbauten,
2) Enzausräumung,
3) Verschiedenes.

Den 2. Juli 1920.
Stadtschultheiß **Knodel.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf.

Am **Dienstag, den 6. Juli** $^1/_2$8 U. vorm. an Nr. 246—335, 8 Uhr vorm. an Nr. 336—425, $^1/_2$9 Uhr vorm. an Nr. 426 bis etwa 490.

Anschließend wird an die Nr. von 701 bis Schluß, soweit solche bei der letzten Schmalzverteilung nicht mehr berücksichtigt werden konnten, das entsprechende Quantum Schmalz abgegeben.

Städt. Lebensmittelstelle.

Neuenbürg.

Zu verkaufen: 1 neuer dunkler

Anzug,

mittlere Größe, Preis 450 ℳ,

Militärrock,

Preis 60 ℳ.

Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Birkenfeld.

Ein noch sehr wenig getragener

Hochzeits-Anzug,

für mittlere Größe, ist billig zu verkaufen.

Baumgartenstraße 49.

Bieselsberg.

Ein fast neues

Fahrrad

mit guterhaltener Bereifung ist preiswert zu verkaufen

Robert Maisenbacher.

Sprengstoffe

zu Stumpensprengungen pro Kg. ℳ 10—, bei größerer Abnahme Preisermäßigung.

Emil Hildinger, Brötzingen,
Mühlstr. 5. Telefon 3284.

Zu bed. herabgesetzten Preisen.
Ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel u. Betten. Federbetten, Patent- u. Polster-Bettröste, Metallbetten, Schränke Tische, Stühle, Kommoden. Polstersachen, Diplomatenschreibtische, gutes Forchenholz, 3 Schubladen **links u. rechts 3 Züge.**

Schöttle, An- und Verkauf, **Pforzheim,** Dillsteinerstr. 18, Telefon 2165.

Herren
decken ihren Bedarf in hygienischen Artikeln, Gummi-Waren, Spritzen, Suspensorien in der Sanitäts-Abteilung der Med.-Drogerie
Ruthsteiner, Pforzheim.
Nur Herren-Bedienung!

Draesels **Flechtensalbe** bei **Bartflechte,** sowie **Flechten u. Hautausschlägen** aller Art, Mitesser Dose ℳ 5,— Versand **Grüne Apotheke Erfurt.**

Gemeinde Birkenfeld.

Die Gemeinde verkauft im öffentlichen Aufstreich am **Donnerstag, 8. Juli, abends 7 Uhr** im Rathaushof:

1 schweren gebrauchten **Leiterwagen**
für zwei Pferde geeignet;
1 älteren, noch guterhaltenen, eisernen **Brunnentrog.**

Den 3. Juli 1920. **Schultheißenamt.** (Rufnummer 1.)

Höfen a. Enz, 4. Juli 1920.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unserer innigst geliebten Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Friederike Braun, Witwe,

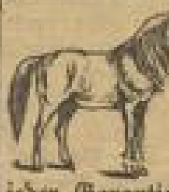
sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Trauer-Hüte

in jeder Preislage stets vorrätig.

Friedr. Dann, Pforzheim, Telefon 2244 : Zerrennerstr. 12.



Habe

zwei Pferde

zu verkaufen, unter vier die Wahl, mit jeder Garantie, sowie einen

Langholzwagen.

August Weik, Herrenalb.

Braves, fleißiges

Mädchen

für die Haushaltung für sofort oder für 1. August **gesucht.**

Frau Fabrikant Emil Beck, Pforzheim, Westliche Karl-Friedrichstr. 65.

Spielplan vom 5.—6. Juli 1920.

Montag, 5. Juli: „Niobe".
Dienstag, 6. Juli: „Flachmann als Erzieher".

Kurtheater Wildbad
Direction: Steng und Krauß.

Ja, auch Sie

tun gut daran, jetzt sofort eine Blutreinigungskur mit dem bewährten Blutreinigungstee „Marke Löwenhof" zu unternehmen. 1 Pak. ℳ 5, 3 Pak. ℳ 13.50.

Hautjucken, Krätze

in 2—3 Tagen beseitigt durch Spezialpräparat Nr. 10 ℳ 6.60.

Offene Beine

und and. Wunden verschwinden bei Gebrauch v. Mutter Oberin" Kloster-Wundcreme ℳ 5.40 u. 7.80. Alle Artikel gegen Nachn. zuzügl. Porto und Verpackung, nur echt vom

Laborat. Löwenhof X 10, Dortmund 100.

Wichtig für Viehbesitzer!

Gegen das Krumm- und Krämpfigwerden der Schweine kann durch mein Mittel „Beta" unbedingt geholfen werden. Zahlreiche Anerkennungen in der ganzen Gegend. Ferner bewährte Mittel gegen Rotlauf, Seuche, hartes Schnaufen (sog. Hircheln) usw. Ferner bewährte Spezialmittel gegen Maul- und Klauenseuche, alle Tiere im Fressen fast keine Unterbrechung, bald wieder aufstehend.

Apotheke Mönsheim (Württ).

Ostfr. Milchschafe, Heideschafe

aus der Lüneburger Heide,

Ia. Ferkel und Läuferschweine

sowie schöne diesjährige

Gänse

versendet zu billigsten Tagespreisen. Streng reelle Bedienung. Preisliste gratis.

J. Mohr jr., Ulm a. D.

Aus vornehmen Hause sehr billig zu verkaufen:

Hell Eichen massiv:
1 Büfett m. Kredenz, 1 Ausziehtisch mit 4 eichen- oder 6 Lederstühlen, **Sofa mit Galerie u. Spiegel, Damenschreibtisch,** Rokokoschränkchen, 2 Sessel, el. Kronlcht. und Oelgemälde, mass. **Nußbaumbüfett, 1 Pfeilerspiegel mit Schränkchen,** weißes Küchenbüfett, 2 Eisschränke, 1 gr., 1 kl. **Hell-Eichen-Schlafz.** mit Spiegelschrank. Ferner: einige Anzüge, Stiefel, steife Hüte, Tischdecken und anderes.

Schöttle, An- u. Verkaufs-Geschäft, **Pforzheim,** Dillsteinerstr. 18, Telef. 1165.

Arnbach.

Pflegerin

wird gesucht für eine alte Frau. **Verköstigung zugesichert.** Zu erfragen bei **Ernst Stoll** z. „Adler".

Höfen.

Mädchen-Gesuch.

Für Küche und Hausarbeit findet ein ordentliches **Mädchen** gute Stelle im **Gasthof zum „Ochsen".**

Wildbad.

Gewandtes und fleißiges

Serviermädchen

kann sofort eintreten
Hotel Kühler Brunnen.

Aelteres, selbständiges

Mädchen,

im Kochen und allen Hausarbeiten bewandert, bei hohem Lohn gesucht.

Luise Lamp, Pforzheim, Metzgerstraße 17.

Suche zum baldigen Eintritt bei gutem Lohn und Behandlung ein ehrliches

Mädchen

vom Lande für Hausarbeit. Reise wird vergütet.

Hch. Fischer, Jugenheim, Bergstraße, (zwischen Heidelberg und Frankfurt a. M.)

Grunbach.

Zwei Paar

Läuferschweine

hat zu verkaufen
Gottlob Gaupp z. Hirsch.

Unterniebelsbach.

Unterzeichneter setzt eine ältere

Nutz- und Fahrkuh

dem Verkauf aus.

Johann Glauser.

Grunbach.

Junge, erstklassige

Kuh

28 Wochen trächtig, verkauft **Friedrich Schöninger.**

Salmbach.

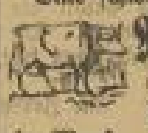
Mittlere, fehlerfreie

Nutz- u. Fahr-Kuh,

mit dem 4. Kalb verkauft
Marie Dittus, Witwe.

Conweiler.

Eine schwere



Nutz- und Fahrkuh,

ein Wurf

Milchschweine

verkauft
Kappler.

Sommersprossen!

Finnen! Pickel! Unreine Haut verschwinden mit **Apotheker Raithelhuber's Sommersprossencrem.** Preis ℳ 5.— franko. Allein durch

Hofapotheke Hechingen Hohenz.